

platzsicherung, so doch aber als Beitrag zur Lebenslagensicherung. Neue handhabbare Trägerformen, Beratung und Förderprogramme werden angeboten, damit Bewohnergruppen als „selbstnutzenden Gemeinschaften“ ihre bedrohten Wohnungen retten können. Die bestehenden gWU wenden sich verstärkt der Bestandspflege zu, auch im Sinne der Sicherung und Aktivierung sozialer Gemeinschaften und ihrer Fähigkeit, selbstaktiv die wachsenden Probleme zu lösen. Zudem betreuen sie, die neu entstehenden Kleinprojekte (Bewohnergenossenschaften) in bedrohten Beständen. Daß aber gemeinnützige Träger Vorrang bei der Förderung bekommen und in die bedrohten Bestände expandieren, setzte voraus, daß die neuen Wohnleitbilder („selbstnutzende Gemeinschaften“) auch von Mittelstandsgruppen kulturell getragen werden. Breite Schichten der Bevölkerung sorgen für einen bunten Pluralismus gebundener Wohnformen, gemeinsam aber sorgen sie dafür, daß die höhere Förderungswürdigkeit gemeinnütziger Projekte anerkannt wird, denn anders als bei der Einzeleigentumsförderung werden hier soziale Aufgaben miterfüllt. Aus Wohnraum wird gemeinsam gestalteter Lebensraum.

Gefahren der Marktfolklore

Die hier und in der WOHNBUND-Stellungnahme vertretene These ist, daß gemeinnützige Träger nur dann eine Zukunft haben, wenn sie sich in Anknüpfung an ihre Tradition wieder ihrer ordnungspolitischen Besonderheiten bewußt werden und ihre sozialen und kulturellen Aufgaben reaktivieren. Das aktuelle Dilemma der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft ist, daß sie aufgehört hat, sich ordnungspolitisch eigenständig als Sektor zu legitimieren. Statt auf Eigenständigkeit zu insistieren, wird bei fast jeder Verbandsstellungnahme ein Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft“ abgegeben. Man sieht sich selbst nicht als abgrenzbaren Sektor mit eigenen Allokations- und Verteilungsformen, sondern als Summe von Marktunternehmen. Diese reale und ideologische Entwicklung korrespondiert mit einer „Verbetriebswirtschaftlichung“ der wissenschaftlichen Literatur über die gemeinnützige Wohnungswirtschaft (aktuelle Ausnahme: Krischausky/Mack-scheidt 1984). Die tatsächliche historische Verwischung der Aufgabentrennung von „freien“ und „gemeinnützigen“ Wohnungsunternehmen wird als „Ein-ebnungstheorem“ (Hämmerlein 1968) in der Literatur längst gehandelt; wen wundert es dann, daß die Steuerbefreiung der gWU als unzulässige Privilegierung und Wettbewerbsverzerrung gebrandmarkt wird (Bundesverband freier Wohnungsunternehmen 1983). Um einen alten Spruch zu variieren: Wer sich in diese Gefahr begibt - von der Wohnreform kommend - der kommt darin um. Oder: Wer die Plattform der „sozialen Marktwirtschaft“ wirtschaftsprogram-matisch wählt, gelangt nie und nimmer zum gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, sondern nur noch zur Subjekt-förderung (Wohngeld) und einem kleinen Restbestand vollbelegungsgebundener Häuser für die kommunale Wohnungsfürsorge (Szenario I).

Die Angst vor der eigenen Geschichte

Der Hang zu marktwirtschaftlichen Bekenntnissen überrascht umso mehr, als die Mehrzahl der noch heute rechtlich bindenden Besonderheiten der gWU klare Brüche mit der marktwirtschaftlichen Steuerung darstellen:

- die Vermögensbindung bedeutet, daß es keine intersektorale Kapitalmobilität gibt;
- die Beschränkung der Verzinsung des Eigenkapitals auf 4% widerspricht klar der Idee der Gewinnmaximierung;
- die Überschußbindung (Baupflicht und Kleinwohnungsbau (früher)) ist nach der marktwirtschaftlichen Logik Kapitalfehlleitung;
- das Dauerwohnrecht widerspricht den Marktprämissen nach Mobilität und vollständigem Wettbewerb;
- die Selbstkostenmiete widerspricht als Preiskontrolle zutiefst Idee und Funktion des Marktpreises.

Wer nach diesen Prinzipien im einzelnen noch handelt (oder handeln muß), täte gut daran, die dazugehörigen positiven ordnungspolitischen Leitbilder statt irreführender marktwirtschaftlicher Folklore zu vertreten. Doch obwohl es den gemeinnützigen Sektor als einigermaßen stimmiges System eines „autonomen“ oder „intermediären Sektors“ einmal gegeben hat, der sich problemlos selbst legitimieren konnte (während der Weimarer Republik), ist heute oft nicht einmal mehr eine Ahnung der ursprünglichen Funktionszusammenhänge da. Jahrzehntlanges Flickwerk und bewußtes Beseitigen der Voraussetzungen haben heute eine widersprüchliche Struktur hinterlassen, die mehr Probleme produziert als sie lösen kann. Wen wundert es dann, daß die Zahl der Gegner in allen Lagern größer ist als die der Erneuerer.

Der frühere Status der gWU beinhaltet keine „Privilegierung“, sondern eine Art Tausch: die Selbsthilfeunternehmen boten (zunächst freiwillig) zahlreiche Bindungen bzw. Beschränkungen in der freien Verwertung ihres Eigentums einerseits sowie Leistungen, die die Kommune entlasteten, andererseits an:

- a) Die Nutzer bzw. Sozialanleger boten einen Vermögenseinsatz unter Verzicht auf Gewinnmaximierung (statt dessen 4%) und unter Verzicht auf Wertsteigerung und Spekulation;
- b) Sie boten folgende Leistungen: Dauerwohnrecht, Förderung des Kleinwohnungsbaues, Mobilisierung von Selbsthilfebereitschaft, soziale und kulturelle Dienste (Kinderbetreuung, Altenbetreuung, Notfondss, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen), eigene Infrastruktur (Müllabfuhr, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung usw.)

Weitsichtige Gemeindeverwaltungen boten diesen „Entlastungsorganisationen“ zahlreiche „Gegenleistungen“ an, z.B. Befreiung von Bau- und Notariatsgebühren, Steuerbefreiung, bevorzugte Bedienung mit Bauland oder Erbbaurechts-konditionen, Bürgschaften, zinsgünstige

Arbeiterturner gründen ihre eigene Genossenschaft

Unter welchen Schwierigkeiten und in welchem politischen und kulturellen Kontext die Baugenossenschaft FREIE SCHOLLE in Bielefeld – heute mit mehr als 5000 Wohnungen eine Großgenossenschaft – 1911 gegründet wurde, berichten im folgenden die Genossenschaftler und Arbeitersportler Paul Schäfer und Fritz Niekamp:

Paul Schäfer

„Seinerzeit im kaiserlichen Deutschland gab es zwei große Verbände, die Sport betrieben. Die eine Richtung war die 'Deutsche Turnerschaft' – das war die bürgerliche Richtung –, und die andere Richtung, das war der 'Arbeiter Turn- und Sportbund'. Weil wir nun aber gegen diese bürgerliche Richtung eingestellt waren, waren wir natürlich von denen geächtet. Es ragte ja auch in's Politische hinein. Die einzelnen Vereine hatten nach ihrem eigenen Entwurf sticken lassen, aber wir hatten als Hauptfahne die rote Fahne. In unseren Liedern wurde das immer wieder betont.“

Fritz Niekamp

„Die meisten Turner waren organisiert: im Verband (Gewerkschaftsverband) und in der SPD. Die KPD und USPD entstanden im Krieg.“

Paul Schäfer

„Die 'Deutsche Turnerschaft' sang: 'Oh Deutschland hoch in Ehren' und wir sangen; 'Die Freiheit hoch in Ehren'. Wir wollten unsere Freiheit: wir wollten aus dem Druck heraus. Wir hatten uns zur Aufgabe gemacht, die Arbeiterschaft, die Jugend im Daseinskampf zu stärken.“

Die andere Richtung ging darauf hinaus, das Volk wehrtüchtig zu machen und nach dem Motto 'sie griech woll'n wir Frankreich schlagen, sterben als ein deutscher Held' – also für Militärzwecke. Und weil wir nun so eingestellt waren, wurden wir von den anderen geächtet. Uns waren die Schulturnhallen als Turnbetrieb verboten.“

„Wir haben uns gesagt, 'wie können wir das ändern?' Wir haben keine Turnhallen, wir müssen versuchen, ob wir nicht eine bauen können. Wir wurden ja immer stärker und die Mitgliederzahl wuchs und wir hatten eine gewisse Macht schon erreicht.“

Dann haben sich zwei Vereine, der Turnverein 'Hoffnung' und der Turnverein 'Vorwärts' zusammengeschlossen, haben das besprochen und haben beschlossen, eine Genossenschaft zu gründen um eine Turnhalle herzurichten. – Wir waren ja alle begeistert, wir Turner.“



Freie Scholle Bielefeld, Einweihung der Turnhalle 1913



„Wir hatten nun eine Baugenossenschaft gegründet, die Gründung mußte ja vorgenommen werden – und dann mußte ja auch ein Beitrag als Grundkapital erhoben werden. Der Anteil eines Mitgliedes war 30 Mark und die Haftsumme 60 Mark. Also, wenn es schiefging, mußten wir (Mein Bruder und ich) 120 Mark auf den Tisch legen, damit das wieder in Ordnung kam. Das war für uns natürlich 'n schwerer Schlag. Das war nicht so einfach, das war 'n ganzer Monatsverdienst in der damaligen Zeit.“

„Wir waren doch Lehrjungs, die diese Sache in's Leben riefen. Es waren doch alle kleine, arme Leute, die das machten. Die arbeiteten alle in Bielefelder Großbetrieben, war kein Kaufmann dabei, oder sonst irgend sone größere Natur.“

„Wir Jungs waren nicht in der Lage, einen Vertrag abzuschließen, da wir noch nicht

großjährig waren. Wir mußten unsere Eltern jetzt als Deckleute zu Hilfe nehmen und mein Bruder und ich, für einen mußte meine Mutter, für einen mein Vater geradestehen. Und das hat dann erstmal Auseinandersetzungen und sogar noch Tränen gekostet – und mit vielem drum und dran in der Familie – immer wieder drauf rumgeritten, bis die Eltern dann sagten: 'Gut, dann seht zu, wie ihr damit fertig werdet', und dann haben sie unterschrieben. Dann mußten wir unseren monatlichen Beitrag zahlen, der wurde immer einkassiert, 40 oder 50 Pfg, und das mußten wir ja solange zahlen, bis diese Haftsumme, diese 60 Mark bezahlt waren.“

„Dann hieß es, jetzt fangen wir bei der Turnhalle an. Jetzt mußten wir den ganzen Boden – das war ja alles wüstes Land, das war Urwald, Gestrüpp und alles mögliche, das haben wir Jungs dann alles abends nach Feier-



abend gemacht. Erstmals planieren, daß wir Platz kriegten. Da gab's noch keine Raupen. Das mußte alles mit Schippe und Hacke planiert werden. Wo der Bau dann hin sollte, das war ja von den Architekten errechnet worden.

Was eben selber zu machen war, das haben wir selbst gemacht. Wir waren ja alles Handwerker: Schlosser, Dreher, Maurer usw. Was eben zu machen war, was drinnen war: Tischlerarbeiten..., damit es nicht allzu teuer wurde. Die Turnhalle kostete damals 80 000 Mark.

1913/14 war sie fertig, die Turnhalle. Wir hatten den Plan, im Osten, im Westen, im Süden und im Norden, nach allen vier Windrichtungen eine Turnhalle zu bauen.

Wenn dieses Projekt gut über die Bühne ging, dann waren wir ja auch wieder kräftiger und stärker geworden.“

Fritz Niekamp

„Das war unser eigenes Lokal jetzt. Dann wurden die Geräte weggestellt, die Barren..., dann hatten wir 'ne Tanzfläche, Sitzfläche – dann wurde gefeiert. Wir konnten ja auch Getränke ausschenken, Bier und Schnaps.“

Dann haben wir in der Turnhalle gespielt, nach'm Krieg (1. Weltkrieg), als wir's Geld hatten, haben wir vom Zimmermeistern ein Bühnengestell machen lassen. Das mußte freitags aufgebaut und samstags abends noch wieder abgebaut werden, damit wir montags wieder weiterturnen konnten. Da war nämlich Betrieb zu der Zeit. – Dann haben wir Theater gespielt. Aber wie! Das müssen sie erlebt haben, das kann man nicht erzählen. Im Krieg, da gab's ja nichts zu essen – da hatten wir 'nen Bäcker, der machte, aus Lehm hätt ich bald gesagt, Kuchen. Und da zogen wir die Leute mit an.

Und dann haben wir Tanz gemacht. Die Fenster aufgerissen, „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt, Fenster zu, den schönsten Walzer und Polka haben wir dann getanzt in der Halle. Wenn der wieder alle war, Fenster wieder auf, „Deutschland, Deutschland über alles“. Damit wir nicht auffielen. So war das.

Im Vorstand waren zu der Zeit nur Turner (1912).“

Frank Karthaus

Anmerkung:

Dieser Bericht ist aus Gesprächen mit den Arbeiterturnern und Altgenossenschaftlern Paul Schäfer und Fritz Niekamp zusammengestellt, die 1975 von der Projektgruppe Massenwohnungsbau der Fachhochschule Bielefeld, Abt. Design, bei der Erarbeitung einer Ausstellung und eines Filmes über die Baugenossenschaft FREIE SCHOLLE aufzeichnet wurden. Siehe hierzu auch: Projektgruppe Massenwohnungsbau, FH Bielefeld, Abt. Design, „FREIE SCHOLLE“ in Bielefeld, in: Joachim Petsch (Hrsg.) Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert, BD. 2, Westberlin 1975, (VSA)